

Arbeiterbewegung und Rüstungsproduktion

von Arno Neuber

Vorliegender Beitrag erschien in „Marxistische Blätter“ 6/2012 – wir drucken Auszüge hiervon ab. Der vollständige Text ist bei den Marxistischen Blättern zu beziehen, oder auf unserer Homepage www.imi-online.de einzusehen.

Um das Deutsche Reich zu errichten wurden in den Jahren 1864 bis 1871 drei Kriege geführt. Der steigende Bedarf an Waffen und Vernichtungskraft führte zu einer Revolutionierung der Militärtechnik. Ihre mörderischen Resultate waren das Mehrladegewehr, Schnellfeuergeschütze mit Rohrrücklauf, Sprenggranaten und gepanzerte Kriegsschiffe. Und diese Entwicklungen revolutionierten wieder die Strategien der Kriegsführung.

In einem Brief an Paul Lafargue vom 22. Januar 1895 schrieb Friedrich Engels: „Bei der totalen Umwälzung in der Rüstung seit 1870 und infolgedessen auch der Taktik ist der Ausgang eines Krieges, bei dem so viele unbekannte Faktoren auftreten werden und alle vorher aufgestellten Berechnungen auf imaginären Größen beruhen, absolut ungewiss. Durch all diese Umstände scheint uns der Frieden gesichert.“¹

Als gesichert erwies sich allerdings nur dies: Das Kapital hatte Blut geleckt. In den Jahren von 1872 bis 1913 stiegen die Militärausgaben kontinuierlich von 347 Millionen Reichsmark auf 1,8 Mrd. Reichsmark. Hier war ein Geschäft zu machen, das große Profite versprach. Ein todsicheres Geschäft. Wurde bis dahin der Rüstungsbedarf in staatlichen Waffenschmieden gedeckt, so sicherten sich jetzt private Kapitalisten die Aufträge des Staates und seiner Militärs. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg gingen 60 Prozent der Rüstungsmittel an private Produzenten und nur noch 40 Prozent an die staatlichen Heereswerkstätten.

„Immer mehr privatkapitalistische Unternehmen stiegen jetzt in das lukrative Geschäft der Waffenproduktion ein. Durch den verstärkten Aufbau einer privaten Rüstungsindustrie entstand ein ökonomischer Machtkomplex, der neben seinen allgemeinen kapitalistischen Expansionsinteressen auch aus ganz spezifischen ökonomischen Interessen permanent auf Verstärkung der Rüstung drängen musste.“²

Gefüttert mit den Groschen der Armen

Im April 1913 deckt Karl Liebknecht die Verflechtungen zwischen Rüstungsmonopolen, Staatsapparat und Militär am Beispiel des Kanonenkönigs Krupp auf. Krupp, die Waffenschmiede des Reiches, enger Freund des Kaisers, unterhält in Berlin ein weitverzweigtes Netzwerk von Verbindungsleuten. Im Prozess, der auf Liebknechts Enthüllung folgt, wird bekannt, dass geheime Berichte des Kriegsministeriums an Krupp weitergeleitet wurden, wodurch dieser „eine vollkommene Übersicht über die Lager aller artilleristischen Geschäftsbetriebe und über die Preise der Konkurrenz“ bekam.³

Konzerne wie Krupp, Rheinmetall, Siemens, AEG, Daimler und Benz, die Flugzeug- und die Schiffbauindustrie verdanken ihre Entwicklung den Profiten, die sie aus staatlichen Rüstungsaufträgen zogen.

Krupp produzierte bald so viele Kanonen, wie zu Friedens-

zeiten im Reich gar nicht abgesetzt werden konnten. In den Jahren 1875 bis 1891 gingen 82 Prozent der Waffenproduktion in den Export nach Russland, China, Japan, Argentinien, Brasilien, Chile, in die Türkei und andere Länder. [...]

Nach der Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Krieg war

das erklärte Ziel der alliierten Siegermächte die „völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.“⁴

Während bereits die Vorbereitungen zur Remilitarisierung Westdeutschlands anliefen, erklärte Konrad Adenauer am 30. Dezember 1946 der „Rheinischen Post“: „Wir sind einverstanden, dass wir völlig abgerüstet werden, dass unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird (...) Ja, ich will noch weitergehen, ich glaube, dass die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.“

Elf Jahre später beginnt die Ausrüstung einer neuen deutschen Armee als Hilfstruppe gegen den realen Sozialismus und ihre Ausrüstung zu einer der stärksten Armeen in Europa.

Rüstungsproduktion in der BRD lässt sich spätestens mit dem Jahr 1951 belegen. 1952 wurden auf der Lürssen-Werft in Bremen bereits Torpedoboote gebaut – trotz Produktionsverbot. Im gleichen Jahr erhält Daimler-Benz einen Auftrag zum Bau von Panzermotoren für die Schweizer Armee, die Flugzeugbauer Messerschmitt und Dornier entwickeln im faschistischen Spanien neue Modelle, Heinkel arbeitet in Ägypten an der Entwicklung eines Düsenjets.[...]

Die Rüstungsindustrie profitierte prächtig von der schnell vorangetriebenen Militarisierung der Bundesrepublik. In den 60er Jahren wurden große Produktionskapazitäten geschaffen, 1963 gingen fast 70 Prozent aller Mittel für Forschung und Entwicklung in den militärischen Bereich, bald wurden knapp 70 Prozent des Bundeswehrbedarfs im Inland produziert. Als der erste Bedarf gedeckt war, zeigte sich aber auch, welche Überkapazitäten man aufgebaut hatte. Die Zeche zahlten die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie. Dass Rüstungsarbeitsplätze sichere Arbeitsplätze sind, ist nicht nur zynisch, sondern auch gelogen. Bis 1970 wurden 40 Prozent der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie abgebaut, 124.000 Beschäftigte mussten sich nach neuen Jobs umsehen.

Zuvor schon hatte die Konzentration auf das Rüstungsgeschäft bei etlichen Firmen zum Verlust ziviler Kompetenzen und zur Zerstörung traditioneller Geschäftsfelder geführt. So ging der Panzerbau bei Krauss-Maffei einher mit dem Abbau des Lokomotiven-Baus für die Bundesbahn. In den 70er Jahren wurde ein Viertel der Belegschaft gefeuert, während die Panzerproduktion hoch lief und der Umsatz um das Dreifache anstieg.

Auf den Werften lief die Umstellung von Handels- auf Kriegsschiffe parallel zum Abbau der Belegschaften. Waren 1975 rund 71.000 Menschen im Schiffbau beschäftigt, waren es 1980 noch 50.000. Statt in der Strukturkrise im internationalen Schiffbau auf alternative Wachstumsbereiche zu setzen, wurde ausschließlich auf den Bau von Kriegsschiffen orientiert.

In den 70er Jahren entwickelten sich erstmals große gewerkschaftliche Kämpfe in Rüstungsbetrieben. Beispielhaft steht dafür der Kampf der Belegschaft von VFW⁵ in Speyer gegen die Schließung des Werkes, die ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Gewerkschaft, Parteien, Kirchen, Handwerkern und Einzelhändlern als Unterstützer hatte.

In mehreren Rüstungsbetrieben entstanden Arbeitskreise zur Rüstungskonversion, die von Wissenschaftlern und Gewerkschaften unterstützt wurden. [...]

Dort, wo Betriebsräte und Vertrauensleute nicht mit ihren Gewerkschaften, mit Wissenschaftlern, Bürgerinitiativen und der Friedensbewegung Alternativen zur Rüstung erarbeiteten und offensiv vertraten, wurde die Belegschaft von den Rüstungsbossen in Geiselschaft genommen, um Absatzgarantien, Forschungsgelder und Produktionsauslastungen zu erpressen.

So wurde 2010 auf einer Betriebsversammlung im Werk Manching der EADS auf das Auslaufen von Rüstungsaufträgen vom Betriebsrat mit der Forderung nach Beschaffung einer weiteren Tranche des inzwischen militärisch überholten Eurofighters reagiert. Wer A sagt muss auch B sagen, heißt die Logik. In einer Betriebszeitung der IG Metall im Werk wird für „unser Zukunftsprojekt“ geworben, nämlich für den Einstieg in den Bau der Drohne „Talarion“. „Das Votum für oder gegen Talarion entscheidet auch für oder gegen die Zukunft der militärischen Luftfahrtindustrie in Deutschland, mehr noch, in Europa. Fast überflüssig zu sagen, dass der Talarion neben dem Eurofighter-Export die Zukunft Manchings absichern muss (...) Gleichzeitig haben wir für eine Beteiligung an den Entwicklungskosten des Talarion geworben. Ungeachtet aller Diskussionen über erlaubte oder unerlaubte Zuschüsse, andere Länder machen es längst vor (...) Talarion bietet hier die einmalige Gelegenheit, dieses Ungleichgewicht zu ändern. Diese Chance müssen wir, muss die Bundesregierung unbedingt ergreifen: im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, im Interesse der Technologieentwicklung und nicht zuletzt im Interesse unserer Arbeitsplätze. Eines ist sicher: Die IG Metall bleibt am Ball!“⁶

Im März 2012 waren die EADS Betriebsräte in Berlin, um mit Vertretern des Verteidigungsausschusses des Bundestages, der Luftwaffe und des Verteidigungsministeriums zu diskutieren. Die Linie der Betriebsräte hieß Export der alten Eurofighter, Beschaffung einer neuen Serie von Eurofighter (Tranche 3b) und Einstieg in den Drohnenbau.⁷

Und für den „Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“ ist in seiner „Kasseler Erklärung zur Lage der herrestechnischen Industrie in Deutschland“ ein „starker, attraktiver nationaler Standort“ das grundlegende Ziel. Er fordert die politische Führung auf, „selbstbewusster in Europa aufzutreten, die eigenen Interessen in diesem Prozess zu definieren, sie strategisch vorzubereiten, finanziell zu unterfüttern und politisch durchzusetzen.“⁸ Am Ende soll dann eine „europäische Lösung stehen“, in der die deutschen Unternehmen aufgrund ihrer Technologieführerschaft eine führende Rolle spielen.“⁹ [...]

Marxisten haben den militärisch-industriellen Komplex in den 70er Jahren als „Verschmelzung der Macht und der Interessen des Rüstungskapitals mit denen der Militärhierarchie und der Staatsbürokratie zu einem festgefügtten Machtkomplex“¹⁰ beschrieben. Inzwischen ist der Begriff weitgehend aus den aktuellen theoretischen Debatten verschwunden. In den Programmen und Publikationen linker Parteien und Organisationen taucht er kaum noch auf. Häufiger ist nur noch von den Aktivitäten der „Rüstungslobby“ die Rede. Es geht aber nicht um ausschließlich um Bestechungsgelder und Geheimdiplomatie. Dass die Kriegswaffenindustrie eine der korruptesten Branchen überhaupt ist, ist ein Symptom, nicht der Kern der Sache. Nicht um eine bloße Skandalisierung geht es, sondern um die Offenlegung des Problems. Nur so können Alternativen formuliert und Bewegungen Richtung gegeben werden.

Militärpolitik ist innerster Kern der staatlichen Souveränität. Klaus Naumann brachte das auf die griffige Formel: „Es gelten



Panzerproduktion im Dritten Reich bei Rheinmetall, Foto von 1940, Bundesarchiv, Bild 183-L04352 / CC-BY-SA.

nur noch zwei Währungen in der Welt: Wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen.“¹¹

Produktion von Kriegswaffen und Ausrüstung ist Teil dieses staatlichen „Markenkerns“. Deshalb sind Rüstungsproduktion und Rüstungsmarkt innerhalb der EU immer noch nicht vergemeinschaftet, sondern bleiben in nationaler Hand.

In Deutschland, wie in den anderen EU-Konkurrenten, wurde unter maßgeblicher Beteiligung der Regierungen eine Reihe von Rüstungsmonopolisten geschaffen, die von staatlichen Aufträgen leben, vom Staat vor feindlicher Übernahme geschützt werden, die mit Forschungsgeldern und Fördermitteln gegen die Konkurrenz fit gemacht werden, die bei Exporten vom Staat in jeglicher Form protegiert werden.

Diese Rüstungsmonopolisten liefern dafür praktisch alles, was die Truppe für ihren jeweiligen Auftrag braucht und sollen die waffentechnische Überlegenheit der eigenen Militärs sichern. Rüstungsproduktion auf dem Niveau des 21. Jahrhunderts ist ohne Einsatz des Staates und seiner Potentiale im Wissenschafts-, Bildungs-, Wirtschafts- und Finanzsektor nicht möglich. Das Geflecht reicht vom Forschungsauftrag im zivilen Haushalt bis zum Einsatz des diplomatischen Korps. Die Beziehungen zwischen Staat und Rüstungskapital sind symbiotisch.

Das schließt regelmäßige Interessenkonflikte nicht aus. Die Industrie will hohe Profite machen, der Staat will die besten Waffen zum billigsten Preis und zum schnellst möglichen Zeitpunkt. Da ist der Konflikt vorprogrammiert. [...]

Seit Jahren klagen Militärs und Politiker über mangelnde Kooperation in Europa, die zu parallelen Entwicklungen und erheblicher Verschwendung führen. Nur um gleichzeitig die eigene Macht auf Dauer fest zu betonieren.

„Gegenwärtig betreiben fünf europäische Staaten getrennt entwickelte und betriebene satellitengestützte Kommunikationssysteme für ihre Streitkräfte. Die European Defence Agency (EDA) schätzt, dass diese Systeme, nach heutigen Preisen, insgesamt eine Investition von ca. 10 Milliarden Euro erfordern haben. Wenn bei der Entwicklung und Beschaffung einer neuen Generation alle Synergieeffekte (Forschung, Entwicklung, Beschaffung, Nutzung) gezogen werden, errechnet die EDA ein Einsparpotenzial von insgesamt 10 Prozent, was – die alten Systeme als Grundlage genommen – 1 Milliarde Euro wären.“¹²

Umgekehrt formuliert: Die nationalen Machtkomplexe setzen sich bislang durch. Langfristig werden sie damit aber gegen die US-Konkurrenz keine Chance haben. Dort wurden bereits in den 90er Jahren unter deutlichem Druck der Regierung eine Handvoll Super-Konzerne geformt, die die US-Dominanz im globalen

Waffengeschäft sichern. Sie haben sich in den vergangenen Jahren den größten Teil des globalen Waffengeschäftes unter den Nagel gerissen.[...]

Seit Deutschland die Wirtschafts- und Finanzkrise zum Ausbau der eigenen Machtposition nutzt, kommt wieder Bewegung in den Stellungskrieg um die Kommandohöhen der Rüstungsindustrie in Europa. Im November 2010 haben Frankreich und Großbritannien weitreichende Kooperationsvereinbarungen über gemeinsame Kampfverbände, den Erhalt des Atomwaffenarsenals und zukünftige Rüstungsvorhaben beschlossen.

In einer Publikation der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) wird bereits eine neue „Entente Cordiale“ befürchtet. Es bestehe für die Achse Paris-London „die Möglichkeit, bei der Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien in Führung zu gehen“, Deutschland auszubremsen und den europäischen Rüstungsmarkt in eigenem Interesse zu formen.¹³

Besorgnis erregten nicht zuletzt die Entscheidungen der beiden Regierungen, Entwicklungsaufträge für Drohnen an BAE Systems und den französischen Dassault-Konzern zu übertragen und EADS vor der Tür zu lassen. Nach jüngsten Schätzungen sind auf dem Markt für militärische Drohnen (UAS: Unmanned Aircraft Systems) in den nächsten Jahren Aufträge für 11,4 Milliarden Dollar abzuschöpfen. Tendenz stark steigend.

So nimmt es nicht wunder, dass nicht nur auf der Berliner Luftfahrtshow (ILA) großes Gedränge auf der erstmals eingerichteten Plaza für Großdrohnen herrschte. Auch hinter den Kulissen herrschte emsiges Treiben um Machtpositionen im europäischen und internationalen Waffengeschäft.[...]

Der entfesselte Rüstungsexport und die Merkel-Doktrin

Rüstungsexport ist nicht nur Teil der Profitstrategie der Waffenkonzerne, sondern auch außenpolitisches Instrument der NATO- und EU-Staaten. „Rüstungsexporte sind politische Geschäfte. Sie dienen neben wirtschaftlichen auch immer (sicherheits)politischen Interessen.“¹⁴ Für die Staaten heißt das, „dass man mittels Rüstungsexporten Einfluss auf politische Prozesse nehmen kann.“ Waffenlieferungen „dienen auch der Aushandlung von politischen und ökonomischen Interessen sowie zum Schmieden oder Festigen von Allianzen zwischen Im- und Exporteuren.“¹⁵

Massiv hat die Berliner Republik in den letzten Jahren mit Waffenlieferungen in den Nahen Osten und nach Nordafrika Flagge gezeigt. Geschäft und außenpolitisches Interesse gehen dabei Hand in Hand. So schreibt das Handelsblatt über den Panzerdeal mit Saudi-Arabien: „Wenn sie denn geliefert werden, sind die Leos 200 mal 67 Tonnen Abschreckung, was gegenüber Teheran nicht zu verachten sei. Oder Petrodollar-Recycling im Wert von bis zu 2,5 Milliarden Euro. Oder Offenhaltung der Produktionslinien, nachdem die Bundeswehr 1.700 Leos ausgemustert hat.“¹⁶

Aufgerüstet werden die Staaten, die bereit sind, als regionale Interventionsmacht im Sinne westlicher Interessen zu agieren. „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen“, erklärte Kanzlerin Merkel im September 2011. „Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien.“¹⁷

Für die Industrie ist der Export ein Muss. Die Dinos, die unter aktiver politischer Mithilfe geschaffen wurden, müssen ständig wachsen und die gewachsenen Monster müssen dann auch gefüttert werden. Dazu reicht der Rüstungshaushalt auch dann nicht aus, wenn er, mehr oder weniger geschickt versteckt, aus anderen Haushaltstiteln zusätzlich bezuschusst wird.

„Die Verteidigungsindustrie in Europa ist geprägt von Überkapazitäten, weil wesentlich mehr produziert als tatsächlich nachgefragt wird.“¹⁸ Der Überschuss geht in den Export.

„Einerseits sind die Rüstungsunternehmen gezwungen, ihrer eigenen Logik folgend die bestehenden Produktionskapazitäten zu erhalten und die sinkende Nachfrage im Binnenmarkt durch Verkäufe außerhalb Europas zu kompensieren. Andererseits blendet diese auf stetiges Wachstum angelegte Strategie andere Möglichkeiten der Kompensation aus und erhöht somit den Druck zu exportieren.“¹⁹

Der Lobbyverband der Rüstungsindustrie, der „Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)“ weiß, dass Rüstungskunden nicht nur Waffen und Gerät wollen. Sie „erwarten – neben der generellen Unterstützung durch die Bundesregierung – die Ausbildung ihres Personals in technischer, taktischer sowie operativer Hinsicht durch die Bundeswehr und mit der Bundeswehr als Partner“, erklärt der BDVS-Präsident Friedrich Lürßen.²⁰

Bei Verkauf des Drohnensystems „Luna“ nach Saudi-Arabien war den Käufern nicht nur die Bundeswehr als sogenannter „Referenzkunde“ wichtig – die Drohne wurde in Afghanistan und im Kosovo eingesetzt – man ließ auch drei Ausbilder der Bundeswehr für drei Monate einfliegen, um die eigene Truppe zu schulen. [...]

Die Bundesregierung hütet den Bestand einer eigenen Rüstungsindustrie wie ihren eigenen Augapfel. „Der Erhalt und die Weiterentwicklung von nationalen wehrtechnischen Kernfähigkeiten ist eine gesamtpolitische Aufgabe“, heißt es im Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt von 2009. [...]

Anmerkungen

- 1 MEW, Band 39, Seite 392/393
- 2 Bontrup/Zdrowomyslaw: Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Heilbronn, 1988.
- 3 Karl Hubert Reichel: Wie macht man Kriege, wie macht man Frieden? Dortmund, 1973.
- 4 Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945.
- 5 Vereinigte Flugtechnische Werke
- 6 IG Metall wirbt bei der Bundesregierung für Talarion. Unser Zukunftsprojekt. In: „Klartext“, IG Metall im Militärischen Luftfahrtzentrum EADS, Juni 2010.
- 7 „Klartext“, Mai 2012. IG Metall im Militärischen Luftfahrtzentrum Cassidian. www.igmetall-cassidian.de
- 8 Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall: Kasseler Erklärung zur Lage der heerestechnischen Industrie in Deutschland. Frankfurt am Main, 2006.
- 9 Kasseler Erklärung a.a.O.
- 10 Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin, 1978.
- 11 Der Spiegel, 18.01.1993
- 12 Policy Brief 01/12: Smart Defence nach dem NATO-Gipfel. Anspruch, Mehrwert, Implikationen für Europa. <http://www.stiftung-nv.de/148384,1031,111427,-1.aspx>
- 13 Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.: Entente Cordiale. Eine erste Bilanz französisch-britischer Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. DGAP-Analyse, August 2012.
- 14 Dickow, Marcel/Buch, Detlef: Europäische Rüstungsindustrie – Kein Heil im Export. SWP-Aktuell 13, März 2012.
- 15 Dickow/Buch, a. a. O.
- 16 Handelsblatt vom 14.07.2011. Zitiert nach: Jürgen Nieth: Panzer für Despoten. Wissenschaft & Frieden 2011-3.
- 17 Frankfurter Rundschau vom 1.8.2012, Die Merkel-Doktrin.
- 18 Dickow, Marcel/Buch, Detlef: Europäische Rüstungsindustrie – Kein Heil im Export. SWP-Aktuell 13, März 2012.
- 19 SWP-Aktuell 13, a.a.O.
- 20 Friederichs, Hauke: Soldaten helfen beim Waffenexport. „Die Zeit“ vom 28.06.2012.